



Presseschau vom 29.01.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego

Die Aussage von Herrn Sajdik, dass es „in den Minsker Vereinbarungen keine vollständige Klarheit gibt“, wie er in einem Interview mit der österreichischen Zeitung „Kleine Zeitung“ erklärte, zeugt vor allem von seinem verantwortungslosen Verhältnis zu seiner Rolle als Koordinator der Minsker Kontaktgruppe. Seine Aufgabe ist es, Bedingungen für einen konstruktiven Dialog der Konfliktseiten im Donbass zu schaffen und die Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der Minsker Vereinbarungen zu unterstützen.

Es ist allgemein bekannt, dass im Maßnahmekomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen von einer Vereinbarung der Besonderheiten der politischen Regelung mit den Vertretern der Republiken und der Annahme einer dauerhaften Gesetzgebung über einen besonderen Status bis Ende 2015 die Rede ist. Diese Vereinbarungen wurden durch die Resolution des UN-Sicherheitsrats Nr. 2202 (2015) gebilligt.

Jetzt hat bereits das Jahr 2019 begonnen. Und wo ist der „besondere Status“? Und dazu, wo ist die Reaktion des besonderen Vertreters Sajdik dazu, dass die Regierung und der Präsident der Ukraine die Erfüllung der Regelung des von ihm unterzeichneten Dokuments verweigern?

Die Minsker Vereinbarungen sind das einzige Instrument, das es heute den Vertretern des Donbass erlaubt, direkte Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung zu führen, die einzige Möglichkeit den militärischen Konflikt zu bremsen und einen Kompromiss auf politischem Weg zu erreichen.

Solch verantwortungslose Erklärungen des besonderen Vertreters des derzeitigen Vorsitzenden der OSZE in der Minsker Kontaktgruppe fördert nicht nur nicht die Stabilisierung der Lage in der Konfliktzone, sondern erschwert eher die Verhandlungen zu einer friedlichen Regelung. So spielt ein hochrangiger Mitarbeiter der OSZE ungewollt der Kiewer „Partei des Krieges“ in die Hände und vermindert die Effektivität der Anstrengungen einer angesehen internationalen Organisation.

Der Außenminister der DVR Wladislaw Dejnogo

vormittags:

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen fünfmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Donezkij, Frunse, Shelobok** und **Wesjelogorowka**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm- Mörsern, Granatwerfern und und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 28. Januar 3:00 Uhr bis 29. Januar 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 20.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Sajzewo, Krasnyj Partisan, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Spartak, Jasinowataja, Shabitschewo, Leninskoje, Sachanka**.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 101.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 54.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: An nur einem Tag: Drei US-Aufklärungsflugzeuge nahe russischer Grenze gesichtet

Drei US-Aufklärungsflugzeuge sind vergangenen Montag nach Angaben des Webportals PlaneRadar an der russischen Grenze gesichtet worden.

Demnach kursierte eine vom britischen Luftwaffenstützpunkt Mildenhall gestartete Boeing RC-135V im Luftraum über dem Gebiet Kaliningrad. Zudem sei vom Militärflugplatz Sigonella in Italien eine Aufklärungsdrohne des Typs RQ-4B Global Hawk gestartet, die entlang der Grenze zu den nordwestrussischen Gebieten Pskow und Leningrad geflogen sei. Darüber hinaus habe ein Aufklärungs- und U-Boot-Jagdflugzeug vom Typ Boeing P-8A

Poseidon einen Aufklärungsflug über der Ostsee durchgeführt. Dabei sei es von einer russischen Su-27-Maschine begleitet worden.

Die Aktivitäten westlicher Aufklärungsflugzeuge in der Nähe der russischen Grenzen haben in letzter Zeit wesentlich zugenommen. Aufklärungsflüge werden unweit der Halbinsel Krim, der südrussischen Region Krasnodar sowie entlang der westlichen Grenze Russlands absolviert.

Insgesamt hatten die radiotechnischen Truppen der russischen Luftwaffe im Jahr 2018 mehr als 980.000 Luftobjekte, darunter etwa 3000 Kampfflugzeuge ausländischer Luftstreitkräfte entdeckt und begleitet. Mehr als 1000 davon sind Aufklärungsflugzeuge. Die diensthabenden Kräfte wurden mehr als 4000 Mal in höchste Alarmbereitschaft versetzt.

Dan-news.info: „Einheiten der ukrainischen Streitkräfte haben von 8:40 bis 9:10 Uhr Oktjabrj mit Mörsern beschossen. In dieser Zeit wurden 16 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit. Geschossen wurde vom von Kiew kontrollierten Gnutowo aus.

de.sputniknews.com: „5000 Soldaten nach Kolumbien“: Sacharowa äußert sich zu Boltons Notiz

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat den von Journalisten entdeckten Text kommentiert, der im Notizblock des nationalen Sicherheitsberaters des Weißen Hauses John Bolton stand.

Zuvor hatten internationale Medien, unter anderem die Zeitung „El Pais“, berichtet, dass während der gestrigen Pressekonferenz zu Venezuela im Notizblock von Bolton folgender Text gesichtet wurde: „5000 Soldaten nach Kolumbien.“ Ein Foto davon wurde auf Twitter veröffentlicht. Im Netz tauchten bereits Gerüchte auf, wonach die USA eine Militärintervention in Venezuela plane.

Kommentar aus Kolumbien

Der kolumbianische Außenminister, Carlos Holmes Trujillo, sagte dazu:

„Was die Erwähnung von Kolumbien im Notizblock, den Mister John Bolton in den Händen hielt, angeht, sind uns der Sinn und Ursache dieser Notiz nicht bekannt“.

Reaktion aus Moskau

„Die Möglichkeit einer Militäreinmischung der USA in Venezuela deuteten mit unterschiedlichem Grad von Skrupellosigkeit viele in Washington an: Vom Präsidenten bis zu Vertretern seiner Administration“, so Sacharowa in ihrem Facebook-Account.

„Der TV-Sender NBC teilte heute unter Berufung auf drei hochrangige Pentagon-Mitarbeiter mit, dass das amerikanische Militärkommando keine Militärs nach Kolumbien oder Venezuela schicke. Laut den Aussagen der Sprecher des TV-Senders verlegen die USA weder Militärs noch Militärtechnik und Ausrüstung in diese Staaten“, fährt sie fort.

Ferner betonte Sacharowa, dass –wie immer – niemand offizielle Kommentare bekommen habe.

Sie verwies darauf, dass „die Rückkehr der Demokratie“ nach Venezuela, und „wenn man die Dinge beim rechten Namen nennt, die Destabilisierung der Situation in diesem Land gerade vom Territorium Kolumbiens verwirklicht wird“.

„Und was ist mit der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Wahlen bis Cyber-Sicherheit, über die sich der kollektive Westen in den letzten Jahren besorgt zeigt – fragen Sie. Also, irgendwie so“, schrieb die Sprecherin des russischen Außenministeriums. Am Montag war berichtet worden, dass die USA neue Sanktionen gegen Venezuela eingeführt hätten. Betroffen ist in erster Linie die staatliche Erdölgesellschaft PDVSA. Nahezu zeitgleich äußerte sich auch der Chef der Opposition Juan Guaido. ...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32375/18/323751841.jpg>

dnr-online.ru: In der nationalen jüdischen Schule Nr. 99 der Stadt Donezk fand eine Unterrichtsstunde zum Thema „Stalino in den Jahren der faschistischen deutschen Besetzung 1941-1943 statt“ (Stalino ist der frühere Name von Donezk; Anm. d. Übers.). Wie der Pressedienst des Donezker republikanischen heimatkundlichen Museums mitteilte, war das Treffen mit den Schülern der Schule dem internationalen Tag des Gedenkens an die Holocaust-Opfer gewidmet.

Die Leiterin des militärhistorischen Museums des Großen Vaterländischen Krieges (eine Abteilung des Donezker republikanischen heimatkundlichen Museums) Ljudmila Dekurno erzählte den Schülern der Schule über die Repressionen der faschistischen Besatzer gegenüber der Zivilbevölkerung und den Kriegsgefangenen. Während des Unterrichts wurden Fotos und dokumentarische Quellen aus dem Museum über die brutalen Verbrechen auf dem Gebiet des Weißen Steinbruchs (Ghetto), im Kriegsgefangenenlager Nr. 162, im Bergwerk 4-4/bis genutzt.

Opfer des Holocaust waren 6 Millionen europäische Juden – dies ist die Zahl, die beim Nürnberger Gerichtshof genannt wurde. Etwa 3 Millionen Menschen – die Hälfte aller Opfer – waren Bürger der UdSSR. Ein Teil von ihnen lebte auch im Donbass, und heute bewahren die Donezker die Erinnerung an den Weißen Steinbruch, der in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges das jüdische Ghetto war. In der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai 1942 kamen deutsche Soldaten und Polizisten hierhin und erklärten, dass alle Juden an einen anderen Ort gebracht werden, wo sie Arbeit und Wohnraum erhalten. Sie durften Wertsachen und Brot für drei Tage mitnehmen. Die Häftlinge des Ghettos, mehr als 3000 Menschen, wurden in Vergasungswagen geladen und in den Schacht des Bergwerks „4-4 bis“ geworfen. Insgesamt wurden in den Jahren der Besetzung in dessen Schächten mehr als 10.000 Vertreter der jüdischen Nationalität vernichtet.

Wie Ljudmila Dekurno unterstrich, ist es auch nach vielen Jahrzehnten sehr schwer, sich an diese Ereignisse zu erinnern und besonders, Kindern davon zu erzählen. Aber gleichzeitig ist das notwendig, denn die Informationen über schreckliche Seiten der Geschichte, als ganze Völker brutalster Folter ausgesetzt wurden, Opfer eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit wurden, hilft bei der Entwicklung von Toleranz, gegenseitigem Verständnis und Freundschaft zwischen Vertretern verschiedener Nationalitäten und Religionen. Und das heißt, es gibt die Hoffnung, dass solche schrecklichen Untaten sich nie mehr wiederholen.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **USA leisten Tadschikistan Militärhilfe für knapp vier Millionen Dollar**

Die USA haben Militärhilfe an Tadschikistan im Wert von 3,8 Millionen US-Dollar geleistet. Das gab die Vertreterin der US-Botschaft in dieser zentralasiatischen Republik, Saro Marodalijewa, am Dienstag bekannt.

Konkret haben die USA eine bodengestützte Radaranlage an Duschanbe übergeben. Laut Kevin Covert, dem Geschäftsträger der US-Botschaft in Tadschikistan, wird die Anlage die Sicherheit der Grenzgebiete gewährleisten, die für übliche Überwachungsmethoden nicht zugänglich sind.

Die Kooperation zwischen Washington und Duschanbe ist laut Marodalijewa ein Beitrag zur Erfüllung der US-Sicherheitsstrategie, entsprechend der der Aufrechterhaltung der Stabilität in Zentralasien und Afghanistan eine wichtige Rolle zukommt.

Seit den vergangenen 27 Jahren haben die USA Tadschikistan mit mehr als 1,8 Milliarden Dollar finanziert, um den Privatsektor, die Landwirtschaft, das Gesundheitswesen und die Bildung im Land zu fördern sowie demokratische Institute in diesem zentralasiatischen Staat zu unterstützen.

Dan-news.info: „Heute um 11:35 Uhr wurde aus Richtung Nowoselowka-2 in Richtung Wasiljewka das Feuer mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet. Unter Beschuss geriet das Gelände der **Wasiljewker Pumpstation**. Das Personal der Schicht musste sich in den Schutzräumen in Sicherheit bringen“, teilte die Vertretung der DVR im GZKK mit.

Verletzte wurden nicht festgestellt.

Dies war bereits der vierte Fall, dass die Pumpstation während des „Weihnachts“-waffenstillstands beschossen wurde.

de.sputniknews.com: **USA nehmen offen Kurs auf Sturz legitimer Macht in Venezuela – Lawrow**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat im Zuge der heutigen Pressekonferenz nach dem Treffen mit seinem Amtskollegen aus Sierra Leone, Alie Kabba, die aktuelle Situation um Venezuela kommentiert und versprochen, dass Russland alles Mögliche für die Unterstützung der legitimen venezolanischen Behörden unternehmen wird.

„Uns beunruhigt natürlich das, was die USA und ihre allernächsten Verbündeten in Bezug auf Venezuela tun, wobei sie gegen alle Normen des internationalen Rechtes verstoßen und im Grunde genommen einen offenen Kurs auf den Sturz der legitimen Macht in diesem lateinamerikanischen Land genommen haben“, sagte Lawrow.

Er verwies unter anderem darauf, dass sich der venezolanische Präsident, Nicolas Maduro, seine Vertreter sowie der Außenminister des Landes mehrmals für Gespräche mit der Opposition ausgesprochen hätten.

„Aber aufgrund der Reaktion der Opposition wird sie durch jene stark beeinflusst, die ihr verbieten, dies zu tun und mit den legitimen Behörden in Kontakt zu treten“, fuhr er fort. Lawrow zufolge verhindern die Vereinigten Staaten und die Verbündeten internationale Bemühungen, die zur Regelung der Lage in Venezuela erfolgen:

„In Bezug auf die Möglichkeit eines internationalen Beitrages zur Regelung der Krise in

Venezuela (...) legen die USA und ihre Verbündeten ernsthafte Hindernisse in den Weg.“

Kommentar zu Boltons Notiz

Die Notiz des Nationalen Sicherheitsberaters des Weißen Hauses, John Bolton, in der es wörtlich „5000 Soldaten nach Kolumbien“ hieß, „wirft ebenfalls viele Gedanken auf“. Besonders mit Rücksicht darauf, dass „Appelle, die benachbarten Länder Venezuelas unter dem Vorwand einer schweren humanitären Situation für die Intervention zu nutzen, offen in den USA und in einer Reihe anderer Länder verlautbart werden.“

Sanktionen gegen Venezuela

Die USA und ihre Verbündeten wollen ihm zufolge im Grunde mit der Verhängung ihrer Sanktionen gegen Venezuela Geldmittel des Landes konfiszieren.

„Erfahrung mit einem derart nicht legitimen Umgang mit fremdem Geld haben die USA leider. Solche Einfrierungen gab es seinerzeit gegen den Irak, Libyen, Iran, Kuba, Nicaragua, Panama“, betonte Lawrow.

Dies habe gewöhnlich zur Konfiskation von Geldmitteln einer fremden Regierung geführt. „Dasselbe machen nun die britischen Behörden, die den sich in London befindenden Goldvorrat von Venezuela beschlagnahmt und eigentlich konfisziert haben.“

In Bezug auf die jüngst verhängten Sanktionen gegen die Erdölgesellschaft PDVSA, also gegen ihre nordamerikanische Filiale Citco, verwies Lawrow darauf, dass die in Venezuela tätigen amerikanischen Unternehmen aus dem Sanktionsregime ausgeschlossen sind.

„Also will man das Regime wechseln und auch noch daraus Gewinn schlagen.“

Am Montag war berichtet worden, dass die USA neue Sanktionen gegen Venezuela eingeführt hatten. Betroffen ist in erster Linie die staatliche Erdölgesellschaft PDVSA. Nahezu zeitgleich äußerte sich auch der Chef der Opposition Juan Guaido. ...



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32375/65/323756503.jpg>

mil-lnr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt und hat eine Tendenz zur Verschärfung.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **fünfmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Von den Positionen der 10. Gebirgsturbrigade der ukrainischen Streitkräfte aus wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch die Gebiete von **Donezkij, Frunse und Shelobok** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, des Verbrechers Garas, wurde das Gebiet von **Wesjelogorowka** mit Granatwerfern und

Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden mehr als 60 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Unter Nutzung des Waffenstillstands verstärkt das Kommando der OOS weiter Kräfte und Mittel in der Nähe der Kontaktlinie.

So ist an der Eisenbahnstation der besetzten Stadt Rubeshnoje ein weiterer Zug mit Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen. Auf den Bahnsteigen wurden Artilleriegeschütze 2S1 „Gwosdika“, Mehrfachraketenwerfer BM21 „Grad“ und T-64-Panzer bemerkt.

Außerdem wurde im Gebiet von Wojtowo die Ankunft und Unterbringung einer Scharfschützenkompanie aus der 25. Luftlandebrigade bemerkt, die die Erkundungs- und Diversionsaktivitäten und die Durchführung provokativer Aktionen im Vorfeld des Kontaktgruppentreffens in Minsk aktivieren sollen.

Die ukrainischen Grenzschrützer schaffen weiter zielgerichtet Hindernisse an den Passierpunkten, was zum Tod unter der Zivilbevölkerung führt, aber das stoppt die gierigen Verbrecher nicht.

Gestern starb am KPP „Staniza-Luganskaja“ ein Mann, geb. 1951.

Nach den Worten von Augenzeugen versuchte der Rentner den KPP in Begleitung von Frau und Sohn zu passieren. Nachdem sie den Mann passieren ließen, nahmen die Besatzer seine Verwandten unter dem Vorwand zusätzlicher Kontrollen fest. Zwei Stunden lang verzögerten die Grenzschrützer den Vorgang und erpressten Schmiergelder bei den Verwandten des Rentners. Aufgrund der starken emotionalen und physischen Erschrütterungen erlitt der alte Mann einen Herzanfall, in dessen Folge er starb.

Im KPP „Staniza Luganskaja“ ist das schon der dritte Todesfall in diesem Monat.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen und die Verpflichtungen zur friedlichen Regelung des Konflikts genau ein. Dennoch behalten wir uns im Fall einer militärischen Aggression von Seiten des Gegners das Recht vor, operativ mit Gegenmaßnahmen zu reagieren und eine adäquate Antwort zu geben.

de.sputniknews.com: **Washington gibt Venezuelas Oppositionschef Zugang zu Regierungskonten in US-Banken**

Die US-Behörden haben dem venezolanische Oppositionsführer Juan Guaidó den Zugang zu Konten der Regierung Venezuelas in US-Banken gewährt. Das teilte das US-Außenministerium in einem Statement mit.

„Außenminister Michael Pompeo hat am 25. Januar das Recht des Interimspräsidenten Venezuelas, Juan Guaidó, bestätigt, bestimmten Besitz auf den Konten der Regierung Venezuelas oder der Zentralbank Venezuelas (...) zu bekommen und zu kontrollieren“, hieß es in der Mitteilung.

Das betrifft demzufolge die Konten in der US-Notenbank von New York sowie in anderen versicherten Banken, gemäß dem Abschnitt 24B des US-Notenbankgesetzes. ...

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 29.01.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **20-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von zehn Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade und der 30. mechanisierten Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Drapatyj und Garas das Gebiet der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Sajzewo und Krasnyj Partisan** mit Mörsern

des Kalibers 120mm, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 28. und der 93. mechanisierten Brigade und der 57. Panzergrenadierbrigade aus auf Befehl der Kriegsverbrecher Martschenko, Klotschkow und Mischantschuk die Gebiete von **Jasinowataja, Shabitschewo, Spartak, Trudowskije** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch mit 120mm-Mörsern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen die Gebiete von **Leninskoje** und **Sachanka** beschossen.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Außerdem wurde heute um 11:35 Uhr aus Richtung Nowoselowka-2 in Richtung Wasiljewka das Feuer mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet. Das **Gelände der Wasiljewker Pumpstation** geriet unter Beschuss. Das Personal der Schicht war gezwungen im Schutzraum Zuflucht zu suchen. Inzwischen ist der Beschuss beendet, von den Mitarbeitern der Station wurde niemand verletzt.

Höhere Funktionsträger der ukrainischen bewaffneten Formationen haben mehrfach über die Erhöhung der Qualität des in die Zone der Kampfhandlungen gelieferten biologischen Materials, „Krieger des Lichts“ genannt, Erklärungen abgegeben sowie über die Verringerung des Anteils alkoholabhängiger Kämpfer im Vergleich zu den Jahren 2014 bis 2015. In gewissem Maße haben Poltorak, Mushenko und Najew recht. Es gibt eine Verringerung der Zahl der Alkoholiker in den Reihen der ukrainischen bewaffneten Formationen, aber sie ist sehr unerheblich. Aber in der letzten Zeit ist eine Tendenz zum Übergang der ukrainischen Kämpfer auf effektivere bewusstseinsverändernde Mittel zu beobachten. Zum Beispiel Betäubungsmittel, die massenhaft durch ukrainische Freiwillige im Austausch gegen Waffen und Munition in die Zone der Kampfhandlungen geliefert werden.

Die schwierigste Situation besteht in der 58. Panzergrenadier-, der 128. Gebirgssturm- und der 79. Luftsturmbrigade. In diesen bewaffneten Formationen „stehen“ bis zu achtzig Prozent der Kämpfer, die die Verteidigungsstellungen an den Frontpositionen einnehmen, auf Drogen. Die sich in einem absolut inadäquaten Zustand befindenden drogenabhängigen Kämpfer beschießen täglich Ortschaften der Republik. Auch haben in diesen Formationen die Fälle von Selbstmorden und nicht kampfbedingten Verlusten infolge von internen Auseinandersetzungen stark zugenommen.

Im 2. Bataillon der 79. Luftsturmbrigade ist eine äußerst schwierige Situation eingetreten. Um sie irgendwie doch in Ordnung zu bringen, wurde in diese Einheit eine Arbeitsgruppe aus Psychologieoffizieren aus dem Stab der Operation der Besatzungskräfte unter Leitung des für psychologische Betreuung zuständigen stellvertretenden Brigadekommandeurs geschickt. Übrigens lässt auch die Qualität der Militärpsychologen selbst zu wünschen übrig. Man nimmt sie, woher es gerade geht, in der Mehrheit der Fälle ohne irgendwelche Ausbildung. Einer von diesen Spezialisten von Psychologieoffizieren starb am 24. Januar im Stadtkrankenhaus von Slawjansk, die Ursache seines Todes: Vergiftung mit Alkoholsurrogaten.

de.sputniknews.com: **Wer hat Auschwitz befreit? Der Westen will's vergessen**

Selbst an Tagen der Erinnerung an die großen Tragödien des Zweiten Weltkriegs kann man es nicht lassen, Russlands Beitrag zur Befreiung der Menschen in Europa vom Faschismus zu marginalisieren.

Auschwitz sei „die Geschichte, die der Westen gern vergessen würde“, sagt der Politologe

Andrej Koljadin im Sputnik-Interview. Und: Es sei seit Jahrzehnten zu sehen, dass die Rolle der Sowjetunion, die Rolle Russlands in der Befreiung von Auschwitz und im Zweiten Weltkrieg allgemein kleingeredet werde. „Selbst jetzt, zum Jahrestag der Befreiung Leningrads von der Blockade sagen einige Deutsche, Russland übertreibe die Bedeutung dieses Ereignisses für die Geschichte“, sagt der Politologe.

Dieser Umgang mit Russland sei auch bei der diesjährigen Gedenkveranstaltung zum 74. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz deutlich geworden, sagt die russische Menschenrechtlerin Eva Merkatschewa, Mitglied des Menschenrechtsrats beim russischen Präsidenten. Bei der Veranstaltung, die im ehemaligen KZ Auschwitz-Birkenau stattgefunden hat, seien der russischen Delegation die letzten Sitzreihen zugeteilt worden.

„Es ist der Eindruck entstanden, als hätte man dem Befreierland gezeigt, wo es hingehöre. Nicht ganz angenehm und ganz bestimmt nicht nachvollziehbar“, sagte Merkatschewa.

Immerhin habe die russische Delegation bei der Gedenkveranstaltung sprechen und Gedenkerzen anzünden dürfen. „Das ist ja schon was“, so die Menschenrechtlerin.

Politologe Koljadin: „Die USA fördern seit langem die Vorstellung, eine Koalition aus Europäern und Amerikanern habe den Zweiten Weltkrieg gewonnen. In allen möglichen Filmen wird wiederholt, der Krieg sei durch den Abwurf von Atombomben auf Japan beendet worden, sonst wäre er nicht zu Ende gewesen. Das ist einfach falsch.“

Die Vereinigten Staaten versuchten, „die Rolle der russischen Befreier in allen möglichen wichtigen Ereignissen kleinzureden, auch im Zusammenhang mit Auschwitz“, so der Experte. „Zu behaupten, Russland habe der Welt nichts Gutes gebracht, ist längst eine Tendenz. Leider ist das von vielen westlichen Politikern zu hören. Aber zum großen Glück gibt es in jedem Land vernünftige Menschen, die entweder verstehen oder sich noch erinnern, dass das nicht so ist.“

Am Sonntag, dem 27. Januar, fanden auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau Gedenkveranstaltungen anlässlich des 74. Jahrestags der Befreiung der KZ-Häftlinge statt. An den Veranstaltungen nahmen ehemalige Gefangene des KZ, Politiker, Diplomaten, Künstler und Vertreter von NGOs aus vielen Ländern teil.

Auschwitz-Birkenau war das größte Vernichtungslager des Dritten Reichs. In den Jahren 1941 bis 1945 wurden dort 1,4 Millionen Menschen ermordet, 1,1 Millionen von ihnen waren Juden. Das KZ ist eines der Hauptsymbole des Holocausts geworden.

Befreit wurde das Lager am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee. 1947 ist eine Gedenkstätte auf dem Lagergelände gegründet worden. 1979 hat die UNESCO das ehemalige Lagerareal als Weltkulturerbe anerkannt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32375/73/323757344.jpg>

ukrinform.ua: Konflikt im Asowschen Meer: Außenminister Dänemarks fordert EU-Sanktionen gegen Russland

Der dänische Außenminister Anders Samuelsen hat am Dienstag die EU aufgerufen, Sanktionen gegen Russland wegen der Auseinandersetzung mit der Ukraine im Asowschen Meer zu verhängen.

Wie die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf eine Erklärung des dänischen Außenministeriums mitteilte, sagte Samuelsen: „Ich glaube, dass die EU auf das aggressive Verhalten Russlands reagieren muss“. Am Dienstag besucht Samuelsen die Ukraine. Er sowie die Außenminister der Ukraine und Tschechiens, Pawlo Klimkin und der Tomáš Petříček, reisen auch in die Stadt Mariupol am Asowschen Meer.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko und der Gesundheitsministerin der LVR N.A. Paschtschenko

A. W. Marotschko:

Guten Tag,

Aus Informationen von zuverlässigen Quellen wurde uns die katastrophale Lage in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte in Bezug auf Hepatitiserkrankungen der Soldaten bekannt. Die gefährlichste Situation besteht in der 54. mechanisierten Brigade, die sich in der OOS-Zone im Donbass befindet. Zum Stand am 25. Januar 2019 war die Diagnose „Virushepatitis A“ bei 120 Soldaten der Brigade bestätigt, von denen sich 30 im Krankenhaus befinden.

Eine Analyse des Geschehens und des Charakters der Erkrankung bestätigt die Version, dass sich der Infektionsherd für Hepatitis in der OOS-Zone in unmittelbarer Nähe des Territorium der LVR befindet.

Wie diese Situation Einwohner bedroht berichtet die Gesundheitsministerin der LVR Natalja Alexandrowna Paschtschenko:

Ätiologie der „Virushepatitis A“, was ist das?

Guten Tag, ich erkläre, was Ätiologie ist, es ist eine Abteilung der Medizin, die die Ursachen und Bedingungen für das Aufkommen einer Krankheit untersucht, das heißt, wenn wir die Ursachen betrachten, so ist das natürlich die ungünstige sanitär-epidemiologische Umgebung, es ist möglicherweise die Nichteinhaltung irgendwelcher sanitärer Normen sowie das Aufkommen der Bedingungen zu ihrer Verbreitung, d. h. es ist die beengte Unterbringung der Erkrankten, es sind möglicherweise irgendwelche ungünstigen Lebensbedingungen, außerdem verseuchte Lebensmittel oder Wasser, d. h., wenn wir die Ursachen des Aufkommens von Hepatitis A betrachten, muss man sagen, dass es ein Virus ist, ein Enterovirus.

Ursache für das Aufkommen der Erkrankung:

Es ist ein Virus der über Alltagskontakte übertragen wird, auf fäkaloralem Übertragungsweg, über Verseuchung von Lebensmitteln und Wasser. Außerdem kann man sagen, dass dieser Virus sich in der Umwelt hartnäckig hält, d. h. bei niedrigen Temperaturen wie bei hohen Temperaturen bleibt der Virus erhalten, und wenn Erkrankte Kontakt zu Gesunden haben, gibt es die Möglichkeit der Verbreitung. Sehr gefährlich ist auch, dass der Erkrankte nicht sofort merkt, dass er erkrankt ist, die ersten zwei Wochen kann er mit anderen Menschen Kontakt haben, ohne zu wissen, dass er krank ist, aber er ist dabei dennoch maximal ein Virenträger. Dies begünstigt sehr die Verbreitung, wenn z. B. Kontakt mit unseren Bürgern besteht, die dieses Territorium besuchen. Es gibt dann sowohl die Möglichkeit der Übertragung von Menschen, die nicht wissen, dass sie erkrankt sind, aber auch beim Kauf von Lebensmitteln auf Schwarzmärkten oder beim Trinken von infiziertem Wasser.

Allgemeine epidemiologische Situation in der Ukraine (Gefahren durch Grippe- und Masernvirus):

Auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium der Ukraine gibt es

prinzipiell eine ungünstige epidemiologische Situation, sowohl bei Grippe als auch bei Masern und Virushepatitis A. Das heißt, wenn unsere Einwohner dieses Gebiet besuchen, dies tun 70% der Einwohner der LVR, sei es um Rentenprobleme oder andere Probleme zu lösen, können sie zu einer Infektionsquelle werden und möglicherweise diese Infektion in die LVR bringen, ihre Freunde und Familie infizieren. Zurzeit ist die epidemiologische Situation in der LVR sowohl bei Masern als auch bei Grippe und Virushepatitis gut, es werden einzelne Erkrankungsfälle festgestellt, aber das ist absolut unerheblich, d. h. es kann nicht von einem erhöhten Niveau gesprochen werden, es gibt keine Ausbrüche, im Unterschied zum von Kiew kontrollierten Territorium.

Vorbeugungsmaßnahmen:

Waschen Sie die Hände vor dem Essen, das ist das Einzige, was ich empfehlen kann. Denn natürlich treffen wir im Alltag auf Kranke, sowohl mit Hepatitis als auch mit anderen Krankheiten und auf Menschen, die nicht wissen, dass krank sind, aber Träger einer Infektion sind. Nötig sind elementare Vorbeugungsmaßnahmen, d. h. Händewaschen, kein ungewaschenes Obst essen, vor allem ungewaschenes Obst nicht den Kindern geben, versuchen Sie überhaupt, kein Essen auf der Straße zu kaufen.

de.sputniknews.com: **Frankreich und Deutschland erwägen Polizeimission im Donbass**
Frankreich prüft laut einem französischen Außenamtssprecher gemeinsam mit Deutschland sowie in Kontakt mit der ukrainischen und russischen Seite den neuen Plan des OSZE-Sonderbeauftragten für die Ukraine, Martin Sajdik, zur Erzielung einer Einigung im Donbass. Der OSZE-Sondergesandte für die Ukraine, Martin Sajdik, hatte zuvor in einem Interview gegenüber der österreichischen „Kleinen Zeitung“ erklärt, dass er gemeinsam mit anderen Diplomaten einen neuen Plan zur Lösung der Ukraine-Krise ausgearbeitet habe. Dieser Plan sieht unter anderem eine gemeinsame UN- und OSCE-Mission für den Donbass vor, die von einem gemeinsamen Führungsstab koordiniert werden soll.
„Gemeinsam mit Deutschland und in Kontakt mit den russischen und ukrainischen Parteien im Normandie-Format prüfen wir jetzt diesen Vorschlag“, hieß es nun aus dem französischen Außenministerium.
Der Sprecher betonte, dass die friedliche Beilegung des Konflikts im Donbass vor allem vom politischen Willen der Parteien abhängt, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Gleichzeitig wurde aber auch betont, dass die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen weiterhin die einzige Grundlage für die Krisenlösung bleibe. Das bereits in einer OSZE-Sitzung in Mailand präsentierte Dokument soll noch von der Normandie-Vier bestätigt werden. Indes wurde der neue Plan vom Donbass komplett abgelehnt. Laut der Vertreterin der selbst ernannten Volksrepublik Donezk in der Kontaktgruppe, Natalia Nikonorowa, ist er „unannehmbar“, weil er die Minsker Vereinbarungen „unterhöhlt“.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32375/91/323759120.jpg>

Smdnr.ru: Bis heute wurde die Arbeit an 1258 Objekten des Wohnraums abgeschlossen, die in die zweite und dritte Wiederaufbauetappe aufgenommen waren. Dies berichtete heute der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez. Zum Stand Anfang November 2018 waren auf dem Territorium der DVR 26.663 Objekte des Wohnraums im Ergebnis der Kampfhandlungen beschädigt. Mehr als 9500 Wohnobjekte wurden erheblich beschädigt, 1369 Objekte des soziokulturellen Bereichs wurden zerstört. Durch Mittel des Generallieferanten der RF wurden 717 Objekte des soziokulturellen Bereichs, 9414 private und Mehrparteienwohnhäuser wiederaufgebaut. 2000 Häuser können nicht wieder aufgebaut werden.

In der zweiten Wiederaufbauetappe von Objekten des sozialen Bereichs haben derzeit die Arbeiten an 71 Objekten, in der dritten Etappe an 87 Objekten begonnen. Bei den Mehrparteienwohnhäusern: in der zweiten Etappe sind es 430 Objekte; in der dritten Etappe 142 Objekte.

Für das Jahr 2019 ist geplant, zusätzlich 1220 Mehrparteienwohnhäuser, 110 Objekte des soziokulturellen Bereichs und 2780 private Wohnhäuser wieder aufzubauen. Es wird die Möglichkeit geprüft, 350 Häuser zu bauen und den Bau von fünf nicht fertig gebauten Mehrparteienwohnhäusern abzuschließen um diese als Bedarfswohnungen zu verwenden.

de.sputniknews.com: **Poroschenko 2.0: Ukraine beantragt 2024 EU-Mitgliedschaft**

Der ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko hat am Dienstag seine Absicht bekanntgegeben, bei der Präsidentschaftswahl anzutreten. Zudem hat er versprochen, dass sein Land in fünf Jahren den Beitritt zur EU beantragen wird.

„2024 werden wir den EU-Beitrittsantrag stellen. Und es gibt keine Zweifel, dass wir auch einen Aktionsplan zur Nato-Mitgliedschaft bekommen und mit dessen Erfüllung beginnen werden“, sagte er in seiner Rede auf einem Forum in Kiew.

Zuvor hatte der EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Johannes Hahn, geäußert, es sei unrealistisch, von einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine in den nächsten Jahren zu sprechen.

Im November 2018 hatte das ukrainische Parlament dem Vorschlag des Präsidenten zugestimmt und eine Änderung der Verfassung verabschiedet, die den Kurs des Landes auf den Beitritt zur EU und zur Nato verankert hatte.

Außerdem erklärte sich Poroschenko bereit, erneut bei den Präsidentschaftswahlen anzutreten:

„Das Gefühl einer tiefen Verantwortung vor dem Lande, vor den Zeitgenossen, vor den vorigen und heutigen Generationen hat mich dazu veranlasst, als (Präsidentschafts-)Kandidat anzutreten“, äußerte er.

Die Präsidentschaftswahl in der Ukraine soll am 31. März stattfinden. Die Wahlkommission hat bereits 13 Kandidaten registriert.

Laut Meinungsumfragen beträgt die Popularitätsquote des heutigen ukrainischen Staatschefs etwa 14 Prozent. Nach Expertenschätzungen hat er noch eine Chance, es in die Stichwahl zu schaffen.

Julia Timoschenko, die Vorsitzende der Partei „Batkiwschina“, bleibt bisher laut den Meinungsforschungszentren mit 18 Prozent der Stimmen die beliebteste Kandidatin.

[Ukrinform.ua: Außenminister der Ukraine, Dänemarks und Tschechiens besuchen Mariupol](#)
Die Außenminister der Ukraine, Dänemarks und Tschechiens, Pawlo Klimkin, Anders Samuelsen und Tomáš Petříček, sind in die Hafenstadt Mariupol eingetroffen.

Das gab die Sprecherin des ukrainischen Außenministeriums Kateryna Selenko auf Twitter bekannt. Es sei besser, mit eigenen Augen die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine für die Zivilbevölkerung zu sehen, schrieb sie. Die Minister werden dem Hafen von Mariupol und dem Kontrollposten „Gnutowo“ einen Besuch abstatten.



https://static.ukrinform.com/photos/2019_01/thumb_files/630_360_1548756813-852.jpg

[Dnr-online.ru](#): Am 25.12.2018 unterzeichnete das Oberhaupt der DVR den Erlass Nr. 152 „Über die Verwirklichung von Maßnahmen zum Wiederaufbau von kommunalem Wohnraum, um diesen dann bestimmten Kategorien von Personen zu übergeben, die unter den Kriegshandlungen gelitten haben“, das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft erhielt den Auftrag, einen Fahrplan zur Lösung dieser Frage unter Berücksichtigung der Verwendung nicht fertig gebauter Objekte, von Wohnraum, der keinen Eigentümer hat und von wiederaufgebautem Wohnraum zu erarbeiten.

„In dieser Etappe wurde eine vorläufige Untersuchung von acht Mehrparteienwohnhäusern (Donezk, Gorlowka, Makejewka, Schachtjorsk, Uglegorsk und Starobeschewo-Bezirk) vorgenommen. Dies sind nicht fertig gebaute Objekte, die aber sehr weit abgeschlossen sind. Es wurden die Kosten für die ausstehenden Arbeiten bestimmt. Durch die Fertigstellung dieser Häuser können 409 Wohnungen in Nutzung genommen werden.

Zur Gewährleistung normaler Wohnbedingungen für Personen, die ihren einzigen Wohnraum verloren haben und auf dem Territorium der DVR leben, planen die Verwaltungen der Städte

und Bezirke der Republik Reparaturarbeiten an 504 Wohnobjekten vorzunehmen, darunter 479 Wohnungen aus kommunalem Eigentum und 25 Zimmer in Wohnheimen von Charzysk und Amwrowsiewka“, teilte der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez mit.

Die Verwaltung der Städte und Bezirke der Republik haben Informationen über die geplanten Kosten für 277 Objekte eingereicht, es handelt sich um 412,8 Mio. Rubel.

Eine abschließende Schätzung der Kosten für die Renovierung für alle Häuser wird noch erstellt werden.

de.sputniknews.com: **Russland setzt auf Gentechnik: Bis zu 60 Labors nehmen bald ihre Arbeit auf**

Entsprechend dem Staatsprogramm zur Entwicklung von Gentechnologien sollen in Russland in den kommenden Jahren etwa 60 Labors entstehen. Deren Teams sollen zu einer schnelleren Förderung von solchen Branchen wie Biosicherheit, Agrarindustrie, Biomedizin und industrielle Mikrobiologie beitragen.

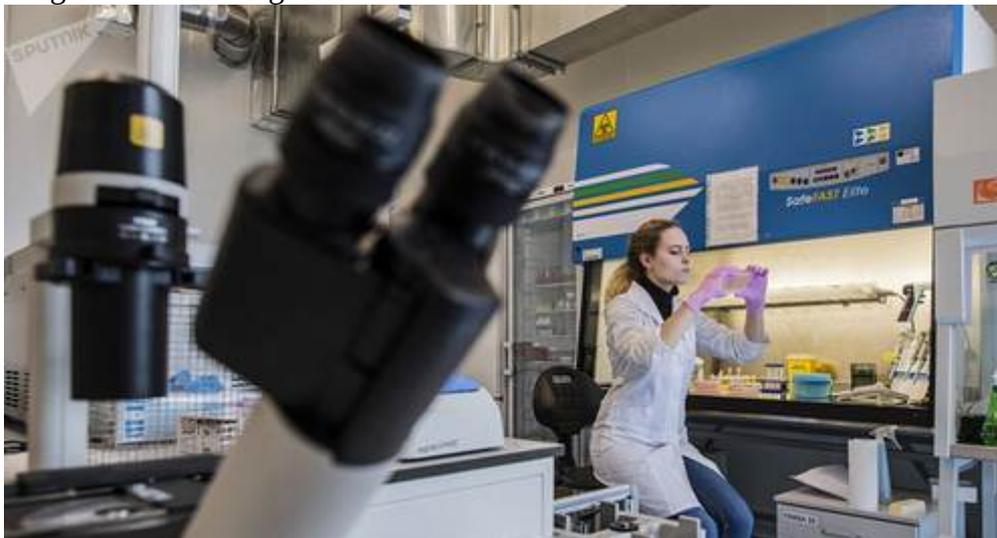
Wie der Vizechef für wissenschaftliche Arbeit des Kurtschatow-Instituts in Moskau, Roman Sandu, mitteilte, geht es hier vor allem um ein Ingenieur-Programm, „nicht um die Sequenzierung von allem Lebendigen“.

„Es werden Mechanismen, Plattformen, Technologien erarbeitet, die die Grundlage für die weitere Arbeit in all diesen Richtungen bilden werden“, sagte Sandu auf einer Konferenz in Sotschi.

In den Labors soll unter anderem an der Entwicklung von einheimischen Forschungsausrüstungen, Geräten, Markern und Reaktoren gearbeitet werden, die für die Entwicklung des Programms unerlässlich seien.

Für die Beteiligung an dem Programm seien auch kleine Start-up-Unternehmen willkommen. Russlands Präsident Wladimir Putin hat das Programm zur Förderung von Gentechnologien im November 2018 ins Leben gerufen. Es ist für die Jahre 2019 bis 2027 ausgelegt.

Das Kurtschatow-Institut wurde zur Hauptorganisation ernannt, die für die Umsetzung des Programms zuständig ist.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32375/98/323759800.jpg>

de.sputniknews.com: **Moskau über Poroschenkos Friedens-Willen: „Chance verpasst“**

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat sich bei einem Forum in Kiew am Dienstag für Frieden mit Russland ausgesprochen. Laut dem russischen Außenministerium hat Poroschenko seine Chance dafür verpasst.

Die Ukraine braucht laut Poroschenko einen „kalten, aber trotzdem Frieden“ mit Russland.

Laut Maria Sacharowa, der Sprecherin des Außenministeriums in Moskau, hatte Poroschenko bereits eine Chance für einen globalen Frieden: sowohl innerhalb seines Landes als auch weltweit – das seien die Minsker Vereinbarungen gewesen.

„Er hat diese Chance nicht genutzt. Leere Versprechungen zu machen ohne dabei die vorherigen erfüllt zu haben – das ist so typisch für ihn“, sagte Sacharowa.

Dan-news.info: Das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft hat auf Anweisung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin einen **„Fahrplan“ für den Übergang eines Teils des Kommunalen Unternehmens „Woda Donbass“ in das Eigentum der Republik** erarbeitet. Dies teilte der Minister Sergej Naumez heute auf einer Pressekonferenz mit.

„Heute habe ich die Anweisung gegeben, den Fahrplan zur Bearbeitung und Abstimmung an die Administration des Oberhauptes der DVR zu schicken“, sagte Naumez. „Es wird vorgeschlagen, dass ein republikanisches Unternehmen gebildet wird, zu dem alle Wasserwerke der Städte und Bezirke der Republik gehören, alle Mitarbeiter von Woda Donbassa werden in dieses Unternehmen überführt“, sagte Naumez.

Er fügte hinzu, dass die Arbeiter im Fall einer Realisierung dieses Plans ihre Lohnzahlungen und alle sozialen Garantien erhalten werden. Derzeit erhält der Teil der Mitarbeiter, die auf dem Territorium der DVR arbeiten (etwa 7000 Personen) seit fünf Monaten keine Löhne. Die Rückstände betragen bereits 220 Mio. Rubel.

Das kommunale Unternehmen „Woda Donbassa“ stellt die Wasserversorgung für Verbrauchern in 289 Ortschaften, Kanalisation für Verbrauchern in 79 Städten und Ortschaften der Donezker Region zur Verfügung. Im Zusammenhang mit der kritischen Situation mit der Zahlung der Löhne an die Mitarbeiter durch die Ukraine gab das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin beim „direkten Draht“ am 27. Dezember 2018 dem Ministerium die Anweisung, einen „Fahrplan“ für den Übergang der Objekte des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“, die in der Republik liegen, in die Jurisdiktion der DVR zu erarbeiten.

de.sputniknews.com: Venezuela: Generalstaatsanwalt beantragt Ausreiseverbot für Guaidó
Die Staatskrise in Venezuela verschärft sich zunehmend. Laut Medienberichten hat nun der Generalstaatsanwalt des Landes beim Oberstem Gericht unter anderem ein Ausreiseverbot für den Oppositionschef Juan Guaidó beantragt.

Zudem sollen seine Konten gesperrt sowie seine Entscheidungsgewalt über Besitz eingeschränkt werden. Eine weitreichende Ermittlung gegen Guaidó solle gestartet werden. Die Forderung nach umfangreichen Ermittlungen gegen den Oppositionschef werden damit begründet, dass er „Angriffe auf die Heimat“ angeführt habe.

Zuvor hatte Guaidó sich selbst zum Interimsstaatschef für die Zeit einer Übergangsregierung ausgerufen.

Vor allem die Vereinigten Staaten unterstützten sein Vorgehen und sicherten ihm ihre Unterstützung zu.

Am Montag führte Washington zudem Sanktionen gegen das Land und vor allem gegen die staatliche Erdölgesellschaft PDVSA ein.

Die USA fordern ein Abtreten von Präsident Nicolás Maduro und einen Machtwechsel in dem ölreichen Land.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32376/39/323763935.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Trotz US-Sanktionen: Indien will Energiepartnerschaft mit Venezuela**

Neu-Delhi strebt laut einer Quelle im indischen Außenministerium eine Energiepartnerschaft mit Caracas an.

„Wir wollen die Zusammenarbeit mit Venezuela ausbauen und werden alles tun, um sicherzustellen, dass Sanktionen bestimmter Länder unsere Energiesicherheit nicht beeinträchtigen“, sagte der Diplomat auf Journalisten-Nachfrage.

Er fügte hinzu, Indien akzeptiere nur die vom UN-Sicherheitsrat eingeführten Einschränkungen. So sei die „prinzipielle Position“ des Landes.

Am Mittwoch vergangener Woche begannen in Caracas Massenproteste gegen Venezuelas Staatschef, Nicolas Maduro. Der Vorsitzende des von der Opposition dominierten Parlaments des Landes, Juan Guaidó, erklärte sich am selben Tag zum Übergangspräsidenten. Die USA und eine Reihe anderer Länder erkannten ihn als solchen an und forderten vom venezolanischen Präsidenten Maduro, dessen Wahl sie als illegitim erachten, keine Gewalthandlungen gegen die Opposition zuzulassen.

US-Finanzminister Steven Mnuchin verkündete am Montag, Washington wolle als Reaktion auf den Machtkampf in Venezuela den dortigen staatlichen Ölkonzern PDVSA mit Sanktionen belegen. Somit solle das Firmenvermögen blockiert werden.